

Bericht aus der Sitzung des Gemeinderats vom Montag, 21. Januar 2019

Bekanntgabe der Beschlüsse aus der letzten nicht öffentlichen Sitzung

Aus der Sitzung vom 10. Dezember 2018 gab die Vorsitzende zwei Beschlüsse bekannt. Der Gemeinderat beschloss, Saskia Meier ab 01.08.2019 als Anerkennungspraktikantin bis 31.07.2020 einzustellen. Außerdem wird Jeanine Lampietro ab 01.04.2019 unbefristet mit 80% im Kindergarten Bergenland beschäftigt.

Bewirtschaftungsplan 2019 für den Gemeindewald

Zu diesem Punkt begrüßte die Vorsitzende Revierleiter Michael Albrecht sowie die Forstwirtschaftsstudentin Franziska Reichenbach. Nach einer kurzen Einleitung und dem Verweis auf die Forsteinrichtung in 2018 übergab sie das Wort an Förster Albrecht zur Vorstellung des Bewirtschaftungsplanes. Zu Beginn berichtete dieser, dass der Plan mit sehr vielen Unsicherheiten behaftet sei. Dies läge vor allem daran, dass nicht absehbar sei, wie sich die Situation mit dem Borkenkäfer weiter entwickelt. Nichtsdestotrotz habe er versucht, einen realistischen Bewirtschaftungsplan auszustellen. Danach ging er auf einzelne Zahlen ein. Zunächst auf die Verteilung der Hiebe auf die einzelnen Baumarten und danach auf die Zahlen des Bewirtschaftungsplanes. Aufgrund weiterer terminlicher Verpflichtungen von Michael Albrecht erlaubte die Vorsitzende Fragen auch aus dem Zuschauer-raum. Ein anwesender Bürger fragte, ob man von Seiten der Forstverwaltung die Problematik bzw. die Vorbereitung auf die Borkenkäferplage anfangs zu lasch angegangen sei. Problematisch sei aus seiner Sicht, dass manche Privatwaldbesitzer ihre Waldstücke nicht sorgfältig pflegen und so z.B. nach Stürmen viele Bäume einfach in den Wäldern liegen blieben und hierdurch Brutstätten für Borkenkäfer bieten. Hier sollte von der Forstverwaltung Druck auf diese Waldbesitzer ausgeübt werden, damit Totgehölz und bereits befallene Käferbäume schnellstmöglich entfernt würden. Förster Albrecht erklärte, dass das Borkenkäferproblem zwar abzusehen war, aber verschiedene Sachverhalte negativ aufeinander folgten. Dies lag zum einen an dem Sturm im Januar 2018, welcher viele Bäume umgeworfen habe und nicht aufgearbeitet wurden oder werden konnten. Zum anderen sei das Jahr 2018 ein „Mastjahr“ gewesen, in welchem die Bäume viele Zapfen gebildet haben und somit bereits geschwächt waren und zuletzt an dem sehr heißen und trockenen Frühjahr bis hin zum Spätherbst. Leider sei man trotz allem von der Hartnäckigkeit und mittlerweile vierten Generation der Borkenkäferplage überrascht worden. Diese kam schleichend und dann schlagartig, in großer Zahl und weit sowie intensiv verbreitet. Nicht zuletzt kam neben der extremen Holzmenge eine Knappheit an Aufforstungsgerätschaften und -betrieben sowie Fuhrpotential hinzu. Deshalb sei man bei der Bekämpfung ab dem Sommer nicht mehr umfänglich hinterhergekommen. Grundsätzlich ist man sich der Problematik bewusst und prüfe, in wie weit man Privatwaldbesitzer ggf. rechtlich dazu bringen könnte, ihre Wälder aktiv zu bewirtschaften. Nach weiteren Fragen und Hinweisen im Anschluss kam die Vorsitzende zum Beschlussvorschlag. Der Gemeinderat beschloss den Waldwirtschaftsplan für das Jahr 2019 in der vorgelegten Form. Da es keine weiteren Fragen gab, dankte die Vorsitzende Michael Albrecht für seine Ausführungen und sein Engagement im örtlichen Kommunal- wie auch Privatwald.

Beschlussfassung über die Annahme von Spenden

Die Einwerbung und Entgegennahme des Angebots einer Zuwendung obliegt ausschließlich dem Bürgermeister. Über die Annahme und Vermittlung entscheidet der Gemeinderat. Bis zum 31.12.2018 sind folgende Spenden eingegangen:

Name und Anschrift des/der Spender	Verwendung im Bereich	Betrag und/oder Bezeichnung der Sache	
1.) Hofgut Albführen GmbH, 79802 Dettighofen	Grundschule	Geldspende	2.500,00 €
2.) Indlekofer Wolfgang Steinäckerstraße 8, 76275 Ettlingen	Kindergarten	Geldspende	250,00 €
3.) Axel Schaub, Wittmerstraße 17, 79802 Dettighofen	Spielplatz-Tor	Sachspende	190,40 €

Der Gemeinderat beschloss die Annahme der Spenden.

Beschlussfassung über die Ausschreibung der Stelle als Kassenverwalter/in

Zum 31.12.2019 wird die bisherige Kassenverwalterin in den Ruhestand gehen. Daher soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle neu ausgeschrieben werden. Die Angestellte ist bisher in einem Umfang von 55 % beschäftigt. Da die Vertretung im Bereich Sekretariat, Melde- und Passamt sehr zeitintensiv ist, soll die Stelle neu in einem Rahmen von 60 - 80 % ausgeschrieben werden. Die Vorsitzende erläuterte die Situation und diesbezüglich geführte Rücksprache mit dem Rechnungs- und Hauptamtsleiter. Durch die Ausschreibung mit 60 -80 % erhofft sich die Verwaltung einen oder eine gut qualifizierte Bewerber/in oder ggf. einen Berufseinsteiger. Durch diese Anstellungsquote wird gewährleistet, dass die Öffnungszeiten komplett abgedeckt werden, was derzeit nicht der Fall ist und insbesondere im Rahmen der Vertretung des Melde- und Passamtes immer wieder zu Problemen führt, die zukünftig verhindert werden sollen. Der Gemeinderat beschloss, die Stelle auf der Homepage, im Mitteilungsblatt und in den Mitteilungsblättern der umliegenden Gemeinde auszuschreiben.

Bekanntmachungen, Wünsche und Anträge

Wahlwerbung

Die Vorsitzende informierte über die Anfrage des Primo-Verlags, ob im kostenpflichtigen Anzeigeteil des Mitteilungsblatts von Parteien Wahlwerbung inseriert werden kann. Diese Anfrage war kurzfristig per Mail eingegangen und der Verlag wünscht eine Rückmeldung bis Monatsende. Die Vorsitzende erläuterte, weshalb sie sich hinsichtlich der aktuellen Satzung beim Gremium rückversichern möchte. Sie ging kurz auf die erhaltene Vorlage ein und bat darum, aufgrund der Eilbedürftigkeit einem Beschluss zu fassen. Im Jahr 2006 wurde beschlossen, dass man keine Veröffentlichung von Wahlwerbung im Mitteilungsblatt möchte. Weiterhin wurde beschlossen, dass die Austräger des Mitteilungsblattes keine Wahlwerbung verteilen dürfen auch nicht separat von der Verteilung des Mitteilungsblattes. Dies wurde damals auch in umliegenden Gemeinden so gehandhabt, was die Vorsitzende anhand einer Gegenüberstellung präsentierte. Die Gemeinden Jestetten und Lottstetten haben in diesem Punkt mittlerweile teilweise Anpassungen getroffen. Fraglich ist nun, ob die Gemeinde Dettighofen an der Beschlussfassung aus 2006 festhält, was die Verwaltung begrüßen würde oder ebenfalls geringe Anpassungen wünscht, was in einer folgenden Sitzung beraten werden könnte. Das Gremium war der Meinung, dass man an der bestehenden Regelung nichts ändern sollte. Es kam aus dem Gremium jedoch der Vorschlag, dass man allerdings die Bedingung, dass Mitteilungsblattausträger keinerlei Wahlwerbung verteilen dürfen, streichen sollte. Die Vorsitzende verwies auf die bestehende Regelung, die sich auch im Vertrag mit den Mitteilungsblattausträgern wiederfindet. Aus dem Gremium wurde vorgeschlagen, dieses Verbot zu streichen. Die Vergütung der

Mitteilungsblattausträger sei überschaubar, da tragen Mitgaben zur Verteilung (bspw. Reisebüro oder Apotheke) zu einem positiven Nebeneffekt bei. Der Gemeinderat beschloss, dass die bestehende Regelung zur Wahlwerbung im Mitteilungsblatt beibehalten werden soll. Zukünftig soll von den Mitteilungsblattausträgern aber nach den üblich festgelegten Vergütungssätzen Wahlwerbung als separate Post mitverteilt werden dürfen.

Straßenzustand

Aus dem Gremium wurde darauf hingewiesen, dass in der Albführer Straße im Gewann „Hofwiese“ ein Graben ausgespült wurde, was die Straße angreifen würde. Die Vorsitzende erklärte, dass man dies prüfen werde und eine Befahrung durch die Firma Schultheis in diesem Gewann bereits vor einiger Zeit veranlasst wurde. Darüber hinaus werde sie die Mitarbeiter des Bauhofs um Prüfung der Lage vor Ort bitten.

Wasseruhren

Es wurde aus dem Gremium angemerkt, dass ein Bürger Bedenken vorbrachte, wonach neu eingebauten Wasseruhren aus Kunststoff seien und diese anscheinend ab 2020 nicht mehr eingebaut werden dürften. Teils wurde Unverständnis aus dem Gremium hierzu geäußert. Die Vorsitzende erklärte abschließend, dass die Zähler als geprüft abgenommen seien, man diese Bedenken mit der Herstellerfirma jedoch klären werde.

Bürgerfrageviertelstunde

Von anwesenden Bürgern aus Berwangen wurde die Frage vorgebracht, ob die Druckerhöhung im Ortsteil Berwangen notwendig sei. Hierzu bestätigte ein Gemeinderatsmitglied, dass auch er gefragt wurde, ob eine Druckerhöhung wirklich sinnvoll sei. Des Weiteren wurde von den Bürgern die Frage aufgeworfen, ob die teilweise ca. 50 Jahre alten Gussleitungen diese Druckerhöhung überhaupt aushalten würden. Es wurde rege diskutiert und auf die durch die Planung ermittelten Druckverhältnisse in Berwangen verwiesen, sowie auf den Anspruch aller Berwanger Bürger - auch jener im Oberdorf - auf ausreichend Wasserdruck und Löschwasserversorgung. Es wurde auf gegebene Standards für Wohnhäuser und die geltende Satzung der örtlichen Wasserversorgung und deren Druckminderer verwiesen. Sofern Schieber oder ein Teilbereich der noch alten Wasserleitung in der Dorfstraße in Berwangen einer langsam vorgenommenen Druckerhöhung über Monate nicht standhalten würden, dann wäre es ein Zeichen der Notwendigkeit, auch im öffentlichen Netz für zeitgemäße Gegebenheiten zu sorgen. Die Verantwortung für eine evtl. grenzwertige Wasserversorgung und/oder Löschwasserversorgung möchte das Gremium nicht übernehmen und bat die Bürger hierfür um Verständnis. Nichtsdestotrotz soll dieses Thema noch einmal mit dem Ingenieurbüro bei nächster Gelegenheit besprochen werden.